



Niederschrift

50. Sitzung Hauptausschuss
9. April 2024, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 2 der Tagesordnung: Oberwaldbad

Punkt 2.1: Finanzierung und Weiterbetrieb Oberwaldbad
Vorlage: 2024/0309

Punkt 2.2: Oberwaldbad unterstützen – Schwimmen erhalten
Antrag: SPD
Vorlage: 2024/0004

Punkt 2.3: Weiterentwicklung des Oberwaldbades bis Ende 2024 – Übergangslösung, um Zukunftsperspektiven zu entwickeln
Änderungsantrag: GRÜNE
Vorlage: 2024/0004/1

Punkt 2.4: Lösungskonzept für das Oberwaldbad hochprioritär im Hauptausschuss behandeln
Ergänzungsantrag: CDU
Vorlage: 2024/0004/2

Beschluss:

Die Stadt hat mit dem Eigentümer des Oberwaldbades, dem Wohnstift Karlsruhe e.V. (Wohnstift) und dem Badbetreiber Post Südstadt Karlsruhe e.V. (PSK) eine Regelung getroffen. Unter finanzieller Beteiligung der drei Partner ist ein Weiterbetrieb des Bades möglich.

Der Hauptausschuss beschließt die Erhöhung des städtischen Zuschusses für den Weiterbetrieb des Oberwaldbades um 84.440 Euro auf 180.000 Euro jährlich ab diesem Jahr.

Hiervon erhält der Badbetreiber PSK 100.000 Euro zur Deckung des Defizits und das Wohnstift als Eigentümer bis zu 50.000 Euro für Wartung und Instandhaltung und 30.000 Euro für Rückstellungen für größere Sanierungsmaßnahmen, insbesondere für die im Sanierungsgutachten aufgeführten Maßnahmen. Die Rückstellung ist in der Höhe auf 300.000 Euro beschränkt. Die Planungen und Umsetzung größerer Sanierungsmaßnahmen erfolgen in Abstimmung mit den Bäderbetrieben der Stadt. Das Wohnstift erhält Beratung und Unterstützung bei der Bädertechnik durch die Bäderbetriebe.

Das Wohnstift bezuschusst den Badbetrieb mit 50.000 Euro jährlich an den PSK. Im Gegenzug steht das Bad den Bewohnenden des Stifts zu festgelegten Zeiten zur Verfügung.

Der Betriebsleiter des Freibads Rüppurr betreut die Bädertechnik des Oberwaldbades und wird hierfür durch den PSK bezahlt.

Der zeitliche Rahmen dieser Regelung beträgt 10 Jahre, sofern nicht gravierende Umstände, z.B. eine erneute Gasmangellage, eine Neujustierung erforderlich machen.

Abstimmungsergebnis:

TOP 2.1: einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf. Er verweist auf die erfolgten Vorberatungen der Anträge im Hauptausschuss

Stadtrat Honné (GRÜNE) zeigt sich erleichtert, dass eine gute Lösung gefunden wurde. Das Bad habe eine wichtige Funktion

Stadtrat Hofmann (CDU) merkt an, in der Presse sei das Thema hochgespielt worden. Einige Äußerungen seien falsch interpretiert worden. Fakt sei, vor allem der Bürgerverein und die umliegenden Vereine hätten sich sehr engagiert und gezeigt, dass das Oberwaldbad erhaltenswert sei. Wenn man jetzt sehe, dass man von einer Zuschusserhöhung von 100.000 Euro rede, dann habe man wie im Wölfle oder im Bereich des Sonnenbades eine sehr gute Lösung geschaffen, vor allem für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Seiner Fraktion sei immer wichtig gewesen, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mitzunehmen, dass man vor allem die engagierten Vereine mitnehme. Man sei auf einem sehr guten Weg. Natürlich müsse man schauen, wie man es langfristig gestalte. Der jetzt eingebrachte Lösungsvorschlag sei aber ein sehr guter. Seine Fraktion sei sehr zufrieden damit.

Stadträtin Moser (SPD) führt aus, die SPD-Fraktion habe bereits im letzten Dezember den Antrag gestellt, ein Konzept zu erstellen, welches den Weiterbetrieb des Bades sicherstelle. Es soll dargestellt werden, welche Betriebszuschüsse in den kommenden Jahren notwendig seien, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Diese Forderungen seien vollumfänglich umgesetzt worden. Der Eigentümer des Oberwaldbades Wohnstift Karlsruhe e. V. und der Betreiber PSK Südstadt hätten gemeinsam mit der Stadtverwaltung eine Regelung für die nächsten 10 Jahre getroffen.

Stadtrat Hock (FDP) freut sich für das Oberwaldbad und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, welches das Bad brauchten. Man müsse jedoch ehrlich sein, der Zeitpunkt dieser Diskussion sei für das Oberwaldbad der richtige gewesen, genau vor einer Wahl. Man sehe, welche Diskussionen es früher um andere Bäder gab, bei denen es um ein paar Tausend Euro ging.

Die nächsten 10 Jahren würde noch anspruchsvoll werden, denn es müsse in das Bad investiert werden. Dann müsse man sich nochmals zusammensetzen. Es sei jetzt aber eine gute Lösung gefunden worden.

Stadträtin Ernemann (SPD) weist darauf hin, der Erfolg, den man heute vorweisen könne, sei auf Druck ihrer Fraktion und der Öffentlichkeit zustande gekommen. Letztlich sei dieses tolle Ergebnis herausgekommen. Sie sei im Vorstand des Wohnstifts Karlsruhe, in dessen Namen sie sich für den tollen Kompromiss heute bedanke.

Bürgermeister Lenz stellt fest, es gebe in Deutschland kein von einem Sportverein betriebenes Bad, welcher selbst keine Schwimmabteilung habe. Man sehe hier die Gemeinwohl-orientierung, die soziale Funktion der Sportvereine. Er bedanke sich beim Wohnstift, dem das Bad sowohl für die Bewohnerinnen und Bewohner im Stift, als auch für den Stadtteil 50.000 Euro Wert sei. Das Bad sei ein Symbol für die gesamte Bäderpolitik. Man habe jetzt – wenn alles gut laufe – das Maximale vorgelegt bekommen. Die Wirtschaftlichkeit werde zunehmen, das Soziale werde optimiert. Im nächsten Bäderausschuss werde man mündlich über den Fortgang der Vertragsausgestaltung informieren.

Der Vorsitzende fasst zusammen, der PSK habe zum 31.07.2024 gekündigt. Die Stadt habe nicht gesagt, dass es ihre Aufgabe sei, alles in die Hand zu nehmen. Der Gemeinderat habe aber gesagt, man müsse es in die Hand nehmen. Für den Schulsport sei das Bad nicht unbedingt wichtig, es gebe dafür genügend andere Bäder. Der öffentliche Druck habe sich dann auf alle Beteiligten ausgedehnt. Das sei dann der richtige Zeitpunkt gewesen, alle an einen Tisch zu setzen und eine Lösung zu finden. Abschließend komme man jetzt zu einem guten Ergebnis, von dem alle profitierten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt einstimmige Zustimmung fest. Die Anträge hätten sich damit erledigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
15. April 2024